

Späte Belehrung. Der Genossenschaftsvorsteher Bierökl hat ein Rundschreiben an die Fachverbände und Genossenschaften erlassen, in dem ausgeführt wird:

Infolge des Krieges wurden unsere geringen Viehbestände derart aufgebraucht, daß wir nach dem Kriege unter allen Umständen auf der freien Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch bestehen müssen. Lebendvieh wird für die Ergänzung der Bestände und teilweise auch für den Konsum benötigt werden, gefrorenes und gekühltes Fleisch wird dazu dienen müssen, über jene Zeit hinwegzuhelfen, in der sich unsere Viehbestände wieder aufbauen. Ein zweite Aktion betrifft den Bau von Kühlhäusern durch die Gemeinden. Die Genossenschaften und Verbände werden aufgefordert, schon jetzt dahinzuwirken, daß rechtzeitig Kühlhäuser gebaut werden, damit man für den Frieden gerüstet sei. Als dritte Aktion wird die Forderung nach Beseitigung der Hochschutzzölle und nach Einfuhr ausländischer Mahlprodukte und Futtermittel dringend empfohlen.

Es freut uns, daß nunmehr auch in den Kreisen Gewerbetreibender die Einsicht eintreibt, daß die bisherige Zoll- und Veterinärpolitik verderblich ist. Hätten diese Kreise im Jahre 1907 die sozialdemokratischen Forderungen unterstützt, wir ständen heute ganz anders da. Aber gerade die Vertreter des kleinen Mannes haben sich über Forderungen, wie sie jetzt von den Genossenschaften erhoben werden, als „Steuerungsschwindel“ lustig gemacht!